

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: DB 86 846 pbbn d



## Inhalt

Peter Glotz, SPD-Bundesgeschäftsführer, gratuliert Fritz Sänger zu dessen 80. Geburtstag: Maßstäbe gesetzt.

Seite 1

SPD stiftet "Fritz-Sänger-Journalistenpreis".

Seite 2a

Hans Koschnick, Bundesratspräsident, mahnt die Deutschen, ihre Verantwortung für Polen wahrzunehmen: Lebensrettende Hilfe,

Seite 3

Günther Jansen MdB, SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein, wirft Stoltenberg vor, die Friedensforschung der Marktwirtschaft zu unterwerfen: Schlichte Unwahrheit.

Seite 4

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 245

23. Dezember 1981

Maßstäbe gesetzt

Die Pressefreiheit braucht so mutige Männer wie Fritz Sänger  
Von Dr. Peter Glotz  
SPD-Bundesgeschäftsführer

Fritz Sängers Lebensweg fordert Respekt ab. Seine Verdienste um Demokratie und Publizistik sind vielfältig. Es ist keine Übertreibung, wenn von ihm gesagt wird, daß er - ohne je ein Staatsamt ausgeübt zu haben - einen wesentlichen Anteil an der demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik hat. Dafür möchten wir ihm danken.

Journalismus und Politik haben sein Leben bestimmt. 1920 war er in Stettin der Sozialdemokratischen Partei beigetreten. Schon abld nach dem Volksschullehrer-Examen wandte er sich dem Journalismus zu. Nach mehrjähriger Arbeitslosigkeit während des Nazi-Regimes fand er schließlich Anstellung in der Berliner Redaktion der "Frankfurter Zeitung", der er bis zur 1943 verfügten Einstellung angehörte. In dieser Zeit knüpfte er Kontakte zu Wilhelm Leuschner und Julius Leber und somit zur Widerstandsbewegung gegen die braunen Diktatoren.

Nach der Kapitulation 1945 ging er zunächst in die Kommunalpolitik, um anzupacken, wo es die schrecklichen Folgen von Nazi-Herrschaft und Krieg aufzuarbeiten galt. Die Erfahrungen der Vergangenheit hatten in aller Schärfe gelehrt, wie sehr Demokratie auf ein freies Nachrichten- und Pressewesen angewiesen ist. Fritz Sänger wurde ein Journalist, der Maßstäbe setzte, zunächst als Chefredakteur in Braunschweig, seit 1946 als Chefredakteur und Herausgeber des von ihm mitbegründeten "Sozialdemokratischen Pressedienstes", ehe ihm kurze Zeit später Geschäftsführung und Chefredaktion des "Deutschen Pressedienstes", der späteren "Deutschen Presseagentur" (dpa), übertragen wurde.



Um nicht vom "politischen Gegner informiert zu werden", beginnt in dieser Zeit eine langjährige Kampagne der CDU Konrad Adenauers, dem ein Sozialdemokrat an der Spitze von dpa nicht paßte. Freiheit und Unabhängigkeit der Presse waren dem Journalisten mehr wert als sein eigener Arbeitsplatz. Fritz Sänger legte sein Amt als Chefredakteur nieder und wurde politischer Mitarbeiter des SPD-Vorstandes. In dieser Funktion hatte er maßgeblichen Anteil an der Formulierung Godesberger Programms.

Sein freiwilliger Abschied vom Parlament, dem er von 1961 bis 1969 anhörte, war kein Abschied von der Politik. Fritz Sänger ist ein kritischer Wegbegleiter geblieben, der seine eigene Meinung zu formulieren wußte und in Büchern und Artikeln vertrat. Gerade in Fragen der Medienpolitik war er der Sozialdemokratie immer ein wichtiger Ratgeber.

Er hat es sich selbst und anderen nie leicht gemacht. Seine vielfältigen Erfahrungen haben ihn zu einem Mittler zwischen Politik und Journalismus werden lassen. Aber Ausgleich hieß für ihn nie Anpassung. Er engagierte sich, wenn es darum ging, die Freiheit der Meinung gegen ungerechtfertigte Einflußnahme zu verteidigen. Doch ebenso unnachsichtig konnte er sein, wenn er Verstöße gegen die Grundsätze eines korrekt informierenden Journalismus entdeckte. Sein Leitsatz heißt: "Demokratie kann nicht bestehen, wenn es keine freie, mutige und redlich-tätige Presse gibt, die in eigener Verantwortung und ohne Rücksicht auf Interessen nur um der Sache willen handelt - sie muß dem Ganzen dienen".

Fritz Sängers Lebensweg, sein entschiedenes Eintreten für innere und äußere Pressefreiheit, seine Zivilcourage und die Maßstäbe, die er für einen Journalismus der korrekten Information und der engagierten Meinung gesetzt hat, haben den SPD-Vorstand bewogen, den "Fritz-Sänger-Preis" zu stiften. Er soll Journalisten und Publizisten anspornen, mutig, selbstbewußt und der Wahrheit verpflichtet zu informieren und dabei jeglicher Art der Zensur, auch und in unserer Zeit vor allem der Selbstzensur, entgegenzuwirken.

Pressefreiheit läßt sich nicht allein durch Recht und Gesetz garantieren. Sie braucht so mutige Journalisten wie Fritz Sänger. (-/23.12.1981/ks/ca)

+ + +



SPD stiftet Journalistenpreis

Die SPD hat auf Beschluß ihres Parteivorstandes aus Anlaß des morgigen 80. Geburtstages des Journalisten Fritz Sänger den "Fritz-Sänger-Preis" gestiftet.

Der Preis, der in einem Zwei-Jahres-Turnus, und zwar erstmals für das Jahr 1983 verliehen wird, soll "Ermutigung und Anerkennung für alle sein, die - wie Fritz Sänger - durch ihr Leben und ihre Arbeit unerschrocken für die Freiheit der Meinungsäußerung sowie die Presse- und Rundfunkfreiheit eintreten". Er soll zugleich, wie es in der Stiftungserklärung weiter heißt, "die Bedeutung des Journalisten Fritz Sänger für die Entwicklung einer demokratischen Presse in der Bundesrepublik Deutschland anerkennend hervorheben".

Mit der Verleihung des Fritz-Sänger-Preises sollen "die in Presse und Rundfunk arbeitenden Menschen ermutigt werden, dem Leben und Wirken Fritz Sängers nachzueifern und dem Anspruch von Artikel 5 Grundgesetz in ihrer Haltung und ihren Handlungen im Interesse einer lebendigen und funktionstüchtigen Demokratie Wirkung verleihen".

Der Preis kann an eine Person (zum Beispiel einen Presse- oder Rundfunkredakteur, einen hauptamtlichen oder freien Journalisten, einen Publizisten, Chefredakteur oder Intendanten), Gruppen oder Institutionen (zum Beispiel an eine Redaktion, einen Verlag oder an einen Sender) verliehen werden. Er ist mit DM 10.000 dotiert und kann an einen oder mehrere Preisträger verliehen werden. Über die Vergabe entscheidet ein Preiskomitee, das vom SPD-Parteivorstand berufen wird.

(-/23.12.1981/bgy/ca)

+ + +



Lebensrettende Hilfe

Deutsche müssen ihre Verantwortung für Polen wahrnehmen

Von Hans Koschnick

Präsident des Bundesrates,

Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Mit tiefer Betroffenheit verfolgen wir alle die Entwicklung in Polen. Die Bemühungen um neue Strukturen in Staat und Gesellschaft haben durch das Eingreifen der Militärs einen schweren Rückschlag erlitten. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, politische Spannungen und staatlicher Zwang haben in Polen eine explosive Situation geschaffen. Die polnische Armee ist eingesetzt worden, um für "Ruhe und Ordnung zu sorgen". Wir kennen solche Vokabeln. Wir hören von Toten, von Verletzten, von vielen Inhaftierten.

In den letzten 200 Jahren hat die polnische Nation mehr als jede andere in Europa das Schicksal von Teilung und Unterdrückung erlebt, sogar den Versuch, ihre nationale und kulturelle Identität auszulöschen. Daran waren auch und gerade wir Deutschen nicht unbeteiligt. Es wäre daher anmaßend, wenn wir uns heute in die polnische Entwicklung einmischen würden. Wer verhindern will, daß andere Nationen einen Vorwand zur Intervention erhalten, muß sorgsame Zurückhaltung üben. Es geht darum, dem polnischen Volk einen eigenständigen, einen polnischen Weg zu ermöglichen, unter der Verantwortung und in der Entscheidungsgewalt von Polen. Niemandem in Europa, am wenigsten den Polen selbst, wäre damit geholfen, wenn es für die Krise in Polen eine andere als eine polnische Lösung gäbe!

In dieser Stunde genügen Proteste und Appelle allein nicht. Wir können und wir wollen unsere Verbundenheit mit den Menschen in Polen aktiv beweisen, indem wir die Hilfe leisten, die uns möglich ist. In Polen herrscht Not. Lebensmittel und Textilien und viele andere Dinge des täglichen Bedarfs sind Mangelware. Die großen deutschen Hilfsorganisationen helfen, wo immer es geht. Sie brauchen dafür unser aller Unterstützung. Eine besondere Notsituation besteht auf dem Gebiet der ärztlichen Versorgung. Es fehlen Medikamente und Geräte. Hier kann Hilfe im Sinne des Wortes lebensrettend sein.

(-/23.12.1981/ks/oa)

+ + +



**Schlichte Unwahrheit**  
-----

**Stoltenberg will die Friedensforschung der Marktwirtschaft unterwerfen**

Von Günther Jansen MdB

SPD-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein

Geht es nach dem Willen der Landesregierung von Schleswig-Holstein dann wird Friedens- und Konfliktforschung in Zukunft nur noch dann stattfinden, wenn es der freie Wettbewerb so will. Erst zehn Tage nachdem Ministerpräsident Stoltenberg per Einschreiben die Mitgliedschaft Schleswig-Holsteins in der Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) gekündigt hatte, reichte er auch eine Begründung für diesen Schritt nach. Und dies auch erst, nachdem die SPD das Thema in die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Zwölf Jahre "privilegierte Förderung" sind der CDU-Regierung genug. Die DGFK wird aufgefordert, sich nun im freien Wettbewerb um Forschungsmittel von den bestehenden klassischen Einrichtungen zu stellen. Verschwiegen wird dabei, daß sich die Situation der Friedensforschung in der Bundesrepublik im Verlauf der letzten zwölf Jahre nicht geändert hat. Damals wie heute gab und gibt es ein breites Aufgabenfeld und wachsendes Interesse der Öffentlichkeit für Fragen der Kriegsvermeidung und der Ursachenforschung. Kein Wunder angesichts der sich immer schneller drehenden Rüstungsspirale und immer niedriger werdender Schwellen für den totalen Atomkrieg in Mitteleuropa. Dagegen fehlt es nach wie vor an Institutionen, die bereit sind, Geld für die Forschung im Bereich von Frieden und Sicherheit auszugeben oder "gut anzulegen".

Wer im Zusammenhang mit der DGFK von privilegierter Förderung spricht, sagt schlicht die Unwahrheit. Von den Summen im Bereich der sicherheitspolitischen Forschung können die Friedensforscher nur träumen.

Aber Stoltenberg und seiner Union geht es ja auch nicht darum, jährlich rund 40.000 DM (Schleswig-Holstein) einzusparen. Dahinter steckt eine Strategie, die seines bayerischen Kollegen Strauß, der der DGFK 1979 den Krieg erklärte. Nach den Austritten von Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg hat jetzt auch Stoltenberg im Schulterschuß mit Strauß der weltweit anerkannten Arbeit der DGFK den Kampf angesagt.

"Forschung für den Frieden scheint erregend zu wirken. Sie soll anstoßen, wird aber immer wieder als anstößig bekämpft". Dies schrieb Prof. Klaus von Schubert (Bundeswehrhochschule München) in seiner Kritik am Gutachten des Heidelberger Politologen Arndt, das Bayern als nachträgliche Begründung für den Austritt diente. Drei weitere Wissenschaftler, die Arndt "keine besondere Sachkompetenz" bescheinigen, konnten die CDU-Landesregierung in Kiel nicht davon abhalten, dem traurigen Beispiel Bayerns zu folgen.

Die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein werden alles tun, damit Stoltenbergs Taktik nicht aufgeht, sang- und klanglos aus der Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung auszutreten.  
(-/23.12.1981/ks/ca)

\* \* \*

